

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki**

- (A) die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie mit diesen Überweisungsvorschlägen einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann wird so verfahren.

Ich nutze die Zeit des jetzt erfolgenden Sitzplatzwechsels für einen Hinweis. Nach der bisherigen Planung wird die Sitzung bis morgen früh, 5.25 Uhr, dauern. Sie kennen meine Einstellung dazu: Ich halte das für unververtretbar, insbesondere den Bediensteten des Deutschen Bundestages gegenüber.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer dringend, bereits jetzt darüber nachzudenken, welche diskussionsreduzierenden Maßnahmen ergriffen werden können, damit wir früher und auch glücklich ins Bett gehen können.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Schon geschehen! Herr Präsident, wir sind dabei!)

– Ich habe in die Union immer großes Vertrauen, weil ich weiß, wie aktiv Sie an der Debattenkultur nach 23 Uhr teilnehmen.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Jetzt wäre ich vorsichtig!)

– Ich bin da, keine Sorge.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 31 auf:

Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

- (B) **Orte der Freiheit und Demokratie: 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung – Demokratischer Aufbruch und Scheitern der ersten deutschen parlamentarischen Republik**

**Drucksache 19/11089**

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre hierzu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin Frau Staatsministerin Monika Grütters für die Bundesregierung das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Monika Grütters**, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Geschichte wiederholt sich nicht, aber wir können aus ihr lernen.

Mit diesem Satz beginnt das Büchlein „Über Tyrannei“ des amerikanischen Historikers Timothy Snyder. Aus den Erfahrungen der europäischen Geschichte destilliert er „Zwanzig Lektionen für den Widerstand“ gegen Demagogen und Autokraten – für Bürgerinnen und Bürger, die das weltweite Erstarken populistischer Demokratieverächter mit Sorge beobachten.

Die Geschichte

– heißt es darin -

ermöglicht es uns, Muster zu erkennen und Urteile zu fällen. ... Geschichte erlaubt uns, verantwortlich zu sein ...

Zweifellos sind es vor allem die bitteren Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, die für ein verantwortungsbewusstes „Wehret den Anfängen“ gleichermaßen Motivation und Argumente liefern. Doch was uns erlaubt, Handlungsspielräume zu erkennen und Gefühle der Ohnmacht zu überwinden, ist die Erinnerung an demokratische Sternstunden und Hoffnungsträger, an Momente also, in denen demokratische Werte den Sieg davongetragen haben, und an Menschen, deren Mut, Zuversicht und Weitsicht diesen Siegen den Weg geebnet haben. In diesem Sinne begrüße ich den Antrag der Koalitionsfraktionen, Orte der Freiheit und Demokratie stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Diese Orte brauchen und verdienen mehr Respekt und mehr Raum in unserem Selbstverständnis:

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Stefan Ruppert [FDP])

als gleichermaßen mahnende und motivierende Erinnerung, dass Demokratie kein Geschenk ist, sondern eine Errungenschaft, kein ständiger Besitz, sondern stetes Bemühen.

In diesem Sinne fördert der Bund Museen und Gedenkstätten, die Zeugnis ablegen vom Ringen um Freiheit und Demokratie, wie beispielsweise die Stiftung Hambacher Schloss, das Deutsche Historische Museum oder auch die Politikergedenkstätten des Bundes. Darüber hinaus wird die Bundesregierung eine Förderkonzeption für die Orte der Freiheit und Demokratie in Deutschland vorlegen. Mein Haus erarbeitet derzeit Vorschläge, sowohl für mögliche institutionelle Förderungen als auch für Projekte. Ich bin sehr dankbar für das sehr breite zivilgesellschaftliche Engagement in diesem Bereich, etwa im Rahmen der AG „Orte der Demokratiegeschichte“.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dem berechtigten Anliegen, die lange Geschichte des Ringens um Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, wäre allerdings nicht gedient, wenn der Eindruck entstünde, dass damit das Gewicht des Gedenkens an den Holocaust und an die Opfer totalitärer Diktaturen relativiert werden könnte. An der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes halten wir deshalb fest, um den Blick zu schärfen für Entwicklungen, die einst zu Krieg und Vernichtung, zu Gewalt und Unterdrückung geführt haben. Nicht zuletzt der entsetzliche, antisemitisch motivierte Terroranschlag in Halle zeigt, wie bitter notwendig dies ist und bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Deutschland, meine Damen und Herren, verdankt seine heutige Identität und sein mittlerweile wieder sehr hohes Ansehen in der Welt zweifellos auch seiner schonungslosen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Zu Recht sind wir vorsichtig, wenn es darum geht,

(C)

(D)

**Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin Monika Grütters**

(A) stolz und selbstbewusst auf die eigene Geschichte zurückzuschauen. Doch es stärkt die Kräfte der Zivilgesellschaft und damit auch die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie, wenn wir die Chance haben, nicht nur am Ringen mit der Vergangenheit zu reifen, sondern auch im Bewusstsein der eigenen Freiheitstraditionen zu wachsen. Arbeiten wir also gemeinsam daran, dass auch die Sternstunden deutscher Demokratiegeschichte ihren angemessenen Platz in unserem Selbstverständnis finden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Dr. Marc Jongen, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Dr. Marc Jongen (AfD):**

Herr Präsident! Frau Staatsministerin Grütters! Sehr geehrte Abgeordnete! Der Antrag der Regierungskoalition erinnert an 100 Jahre Weimarer Reichsverfassung, die erste demokratische Verfassung auf deutschem Boden, auf die wir stolz sein können, meine Damen und Herren.

(B) Die Weimarer Reichsverfassung war viel besser, als ihr Ruf es lange gewesen ist. Die Weimarer Republik ist nicht wegen, sondern trotz ihrer Verfassung gescheitert. Diese Position setzt sich unter Historikern immer mehr durch, und es ist gut, wenn das jetzt Eingang in unsere nationale Erinnerungskultur findet.

(Beifall bei der AfD)

Neben dem Parlament wurde damals übrigens auch der Reichspräsident – vergleichbar dem Bundespräsidenten – direkt vom Volk gewählt. Außerdem gab es Volksabstimmungen auf nationaler Ebene. Das sind Instrumente demokratischer Mitbestimmung, die wir dringend wieder einführen sollten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg.  
Dr. Barbara Hendricks [SPD])

Ich darf bei dieser Gelegenheit erwähnen: Die AfD-Fraktion bedarf der Nachhilfe durch Ihren Antrag nicht. Wir haben unseren Fraktionssaal hier mit sieben Gemälden zur deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte ausgestattet, und eines davon bezieht sich auf die Weimarer Reichsverfassung. Andere Bilder zeigen das Hambacher Fest und die erste Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848, Ereignisse, die Sie im Antrag zu Recht als wichtige Vorstufen zur Weimarer Verfassung erwähnen.

Sehr gerne würden wir dem Antrag also zustimmen, und doch können wir uns nur enthalten, und ich will Ihnen erklären, warum:

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Darauf können wir auch verzichten!)

(C) Das liegt daran, dass Sie das Erinnern an Weimar mit einem völlig falschen und auch sehr gefährlichen politischen Narrativ verbinden: In der Weimarer Republik habe es zu wenig Demokraten gegeben, das habe es den Extremisten von links und vor allem dann von rechts ermöglicht, die Demokratie zu beseitigen. – Das ist nicht ganz falsch, aber allzu simpel; sei's drum! – Aber heute – so lautet Ihre völlig abstruse Parallele – gebe es eine ähnlich gelagerte Bedrohung der Demokratie, und die bösen Rechtspopulisten, namentlich die AfD, seien in der Rolle der damaligen Extremisten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Leider ist das so!)

Meine Damen und Herren, eine größere Infamie und Pervertierung der Wahrheit ist kaum vorstellbar. Die Alternative für Deutschland hat sich gegründet, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die heute aus ganz anderen Gründen in Gefahr sind, zu schützen und, wo nötig, wiederherzustellen.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie schon nach Parallelen zu Weimar suchen wollen, dann fassen Sie sich an die eigene Nase, und schauen Sie auf die unselige Tradition der Notstandsverordnungen und der Ermächtigungsgesetze, mit denen Parlamentarismus und Demokratie damals immer mehr ausgehebelt worden sind.

(René Röspel [SPD]: Da hat die SPD als Einzige dagegengestimmt!)

(D) Sie haben hier im Deutschen Bundestag am 29. Juni 2012 die Einrichtung des ESM-Schirms, des Euro-Rettungsschirms, mit Zweidrittelmehrheit beschlossen

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Was hat das mit dem Ermächtigungsgesetz zu tun?)

und damit die Finanzhoheit des deutschen Parlaments de facto abgetreten an eine demokratisch nicht legitimierte Monsterbehörde in Brüssel.

(Beifall bei der AfD – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Was für ein Blödsinn!)

Oder denken Sie an die Septembertage 2015, als Bundeskanzlerin Merkel das Recht, auch das Verfassungsrecht, brach

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das ist falsch!)

und Hunderttausende ohne weitere Kontrolle einreisen ließ unter dem Vorwand des Asylansuchens.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Das ist falsch! Das ist vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden!)

Das hat mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Blödsinn! – Britta Habelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie doch vor Gericht verloren!)